

Indiens neue Landwirtschaftspolitik

— Pepsi und andere auf dem Vormarsch —

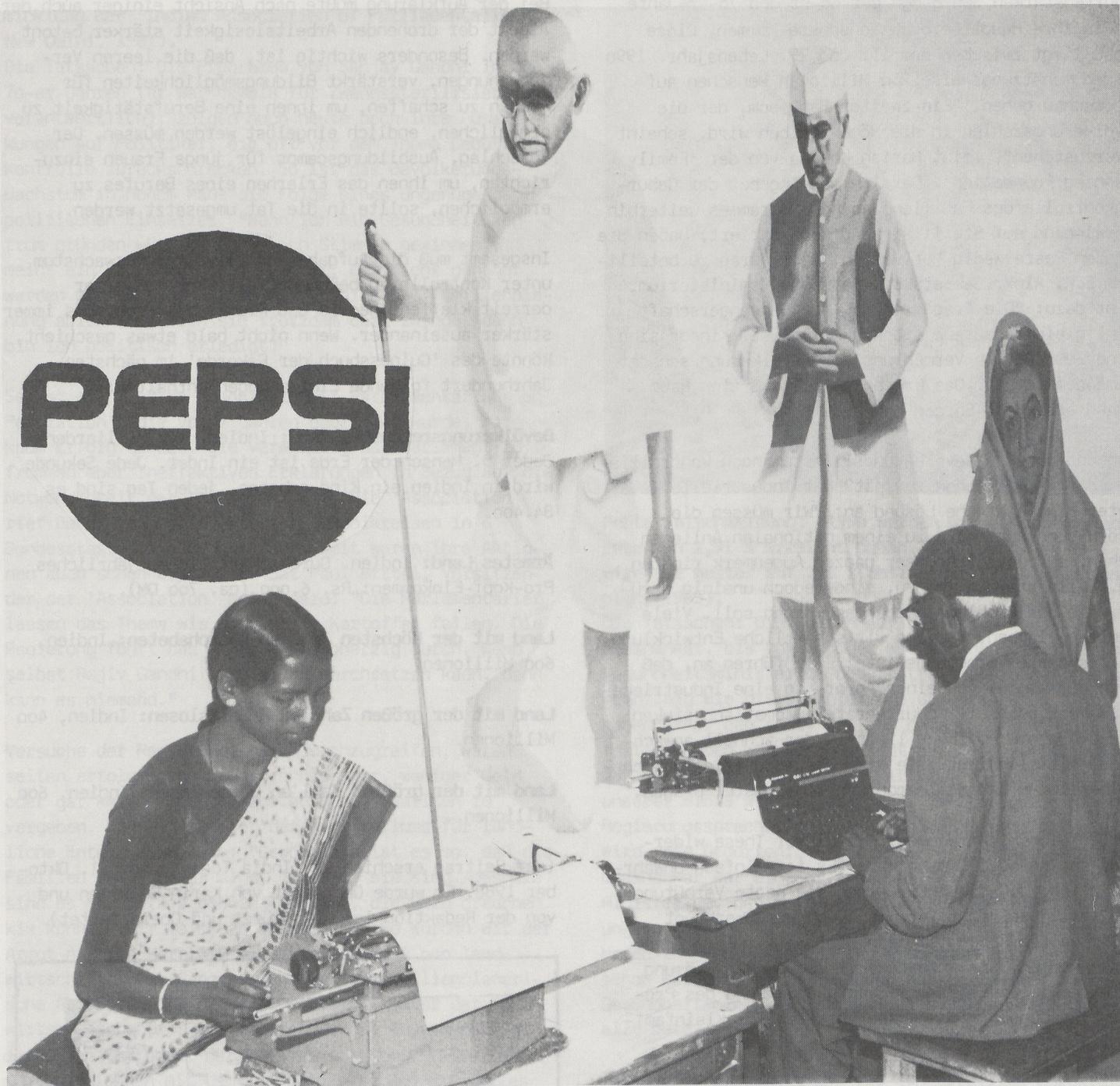


Foto: Keller, Montage SAB

Anfang des Jahres 1988 empfahl die Regierungsbehörde für Projektempfehlungen (Project Approval Board), daß Pepsi die Genehmigung zur Produktion seiner Cola in Punjab, der Kornkammer Indiens, erhalten sollte. Gandhi und sein Unionskabinett haben diesem Handel, in dem Pepsi mit der staatlichen Punjab Agro-Industrie Gesellschaft und der Voltas Gesellschaft, die Teil der großen Tata-Gruppe in Indien ist, zusammenarbeiten wird, kürzlich ihre politische Zustimmung gegeben. Als Gegenleistung hat Pepsi angeboten, in Form der multinationalen Handelsgesellschaft 'Pepsico' - die verschiedene Sorten von fast-food produziert - nahrungsmittelverarbeitende Technologie in den Punjab zu importieren.

Von der grünen zur braunen Revolution

Es ist kein Zufall, daß der Zustimmung zum Pepsi-Projekt die Entscheidung folgte, Importe von Getreidesamen unter unbeschränkter Generallizenz zu erlauben. Beide Entscheidungen sind bezeichnend für die zunehmende Bedeutung, die den multinationalen Konzernen in Indiens Agrarsektor zugeschrieben wird. Rajiv Gandhi scheint sehr darum bemüht, den Eindruck zu beseitigen, er habe Angst und Würde auf der Stelle treten. Dieser Eindruck war in der Tat für die Zeit von Anfang 1987 bis vor wenigen Monaten zutreffend, als er wieder einmal das Kabinett umbildete und seine Absicht bekundete, sich mehr um politische Aktivitäten kümmern zu wollen als in administrativen Entscheidungen zu versumpfen. Die nachhaltigen Auswirkungen der Korruptionsskandale, die seinem Ansehen sehr geschädigt haben, scheinen nun der Grund zu sein für die Wiederaufnahme neuer politischer Initiativen im Rahmen einer Liberalisierung der Wirtschaft, um dem indischen 'big business' mehr Möglichkeiten zu eröffnen und die Türen für ausländisches Kapital, insbesondere für multinationale Konzerne weiter zu öffnen. Eine Reihe von Maßnahmen in dieser Richtung wurden in den letzten Monaten ergriffen, wie der Vorschlag für die Errichtung von 'Punjab Agro', einem Joint-Venture von 'Voltas' und 'Pepsi Cola' zum Anbau von Obst, Gemüse und Getreide, verbunden mit der Herstellung von Pepsi-Getränken. Obwohl die Idee dafür bereits 2 Jahre alt ist, haben die Entscheidungsträger ihr erst jetzt zugestimmt. Zweifellos wird diese Entscheidung von den multinationalen Konzernen und ihren indischen Geschäftspartnern mit Freuden begrüßt.

Die persönliche Intervention des Premierministers zugunsten von Pepsi hat schließlich zu einer Zustimmung geführt. Die Zustimmung des Premierministers ist ein deutliches Zeichen für die Bedeutung, die er und andere in der Regierung der Stärkung der Beziehungen zur mächtigen Lobby der kommerziellen Farmer zumessen. Sie sind nicht nur entscheidend für einen Erfolg der Politik der Liberalisierung der Wirtschaft sondern auch für das politische Überleben der Regierung Gandhi. Die Regierenden befürchten, die Farmer-Lobby könnte sich mit oppositionellen politischen Gruppierungen verbinden - und das müsse verhindert werden.

Die Zustimmung zum 'deal' mit Pepsi ist nur ein Teil des neuen Konzepts der offiziellen Landwirtschaftspolitik, die multinationalen Konzernen eine bedeutende Rolle im Agrarsektor zuschreibt, die durchaus vergleichbar ist mit der dominanten Rolle, die ihnen für das Wachstum im High-Tech Bereich und bezüglich einer Modernisierung der Industrie und des Dienstleistungssektors zufällt.

Neue Saatgut-Politik

Unter der offiziell pompös als "neue Saatgut-Politik" bezeichneten Maßnahme können Ölsamen und Saatgut von Hülsenfrüchten, Getreide, Gemüse und Blumen von Händlern, großen Farmern oder sonstigen Personen frei importiert werden. Ihre Einfuhr soll nicht länger

durch Behörden erfolgen, die darauf achteten, daß das Saatgut indischen Bedingungen angepaßt war. Als zusätzlicher Anreiz wurde der Zoll auf Saatgut von 90 auf 15 Prozent reduziert. Agrarwissenschaftler im Land sind entsetzt über diese Entscheidung. Sie fürchten, daß damit die indische Landwirtschaft einer Vielzahl von Krankheiten durch importiertes Saatgut ausgesetzt sein wird. Außerdem befürchten sie dadurch negative Auswirkungen auf die indische Agrarforschung. Es ist davon auszugehen, daß Pepsi und einige andere Konzerne, die im landwirtschaftlichen Sektor operieren, insbesondere im Plantagensektor und in der Produktion von verzehrbaren und nicht-verzehrbaren Ölen, die Gelegenheit nutzen werden, Indiens Landwirtschaft eng an eine ausländische Versorgung anzubinden. Und dies nicht nur bei Saatgut, sondern auch bei einer Reihe von anderen Gütern wie Pestiziden und Insektiziden sowie landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.

Die zunehmende Bedeutung, die den Multinationalen in Indiens Landwirtschaft zukommt, wird noch deutlicher durch die Tatsache, daß die beträchtliche Menge von 25% der Obst- und Gemüseproduktion des Punjab von Pepsi im In- und Ausland verarbeitet und vermarktet werden sollen.

Das landwirtschaftliche Forschungszentrum, das Pepsi im Punjab als Teil seines Joint-Venture mit 'Punjab Agro' und 'Voltas' aufbauen will, wurde als Segen für Indien und seine armen Bauern gepriesen. Das Zentrum soll sich mit Forschungen zur Einführung von neuem Saatgut in Farmen und Obstgärten des Punjab und darüberhinaus beschäftigen. Diese von Pepsi kontrollierte landwirtschaftliche Forschung soll den Anfang für eine umfassendere Reihe ähnlicher Forschungen und Entwicklungsversuche anderer multinationaler und indischer Firmen bilden. Die Kooperation auf den Gebieten Forschung und Entwicklung, die es in geringem Umfang auch in anderen Regionen Indiens gibt, mögen in der Vergangenheit bis zu einem gewissen Punkt von Vorteil für in- und ausländische Geschäftsleute gewesen sein. Aber sie hatten kaum Auswirkungen auf das Gros der Kleinbauern, die noch immer das Bild der indischen Landwirtschaft bestimmen. Nur die von der Regierung unterstützten und finanzierten Forschungsinstitute haben bisher wertvolle und bedeutsame Forschungsvorhaben und Beratungen für das Wachstum der indischen Landwirtschaft geleistet. Die Früchte dieser Arbeit dürften jedoch in erster Linie von einer schmalen Schicht reicher Farmer geerntet worden sein, sodaß nur ein kleiner Teil dieser Forschungsarbeit auch den mittleren und kleineren Bauern zugute kam.

Aber jetzt scheint es, als sollten die Multinationalen direkt oder in Kooperation mit indischen Großindustriellen so in die Landwirtschaftsforschung einbezogen werden, daß es gleichzeitig zu einer Verringerung der von der Regierung geförderten und finanzierten Landwirtschaftsforschung kommen wird. Dies ist die wahre Botschaft des Pepsi-Vorhabens und des Imports von Saatgut.

PUNJAB SALUTES ITS PEOPLE FOR THEIR VALOUR AND ENTERPRISE



Anzeige der Bundesstaaten-Regierung des Punjab.

Gleichgültigkeit gegenüber Agrarforschung

Auf Seiten der Regierung ist eine zunehmende Gleichgültigkeit in Bezug auf staatlich geförderte und finanzierte Forschung feststellbar. Dies wird besonders deutlich an der schlampigen Behandlung der durchaus begründeten Forderungen von Landwirtschaftsexperten zur Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen. Tatsache ist, daß Agrarforschung und -beratung während der letzten Jahre zunehmend vernachlässigt wurden. Die Reaktion der indischen Wissenschaftler, die in der Forschung arbeiten, war entsprechend heftig, insbesondere gegenüber der Entscheidung, den Import von Getreidesaatgut zu erlauben. Der Vorsitzende der Abteilung für Saatgut-Technologie im indischen Agrarforschungs-Institut (Indian Agricultural Research Institute) erklärte diesbezüglich öffentlich, daß die neue Saatgutpolitik die indische Landwirtschaft zu einem 'völligen Schmarotzer' machen werde. Er forderte den indischen Rat für Agrarforschung (Indian Council of Agricultural Research) auf, sich mit der Regierung auseinanderzusetzen, um den großen Rückschritt, den der Regierungsbeschluß für die indische Agrarforschung mit sich bringen wird, zu verhindern. Selbst S.S. Johal, Vorsitzender der Kommission für landwirtschaftliche Kosten und Preise (Commission for Agriculture Costs and Prices), der kürzlich in den Beraterkreis des Premierministers Aufnahme fand, hat die Einfuhr von Getreidesaatgut im geplanten Rahmen als "verheerend" bezeichnet. Nach Auffassung von Johal, der wohl kaum gegen die Aktivitäten von multinationalen Konzernen ist und als Verfechter der Kommerzialisierung der Landwirtschaft gilt, "können wir nicht mit den multinationalen Gesellschaften kooperieren und unsere eigene Saatgutindustrie aufbauen".

Es ist natürlich keineswegs Überraschend, daß das Pepsi-Abkommen und die Entscheidung für freien Saatgutimport so kurz nach der Errichtung des brandneuen Ministeriums für Nahrungsmittelverarbeitung, das vom Premierminister in höchsten Tönen gelobt wurde, zustandekamen. Das neue Ministerium wurde mit der Aufgabe betraut, alle in- und ausländischen Ressourcen für das zu mobilisieren, was mittlerweile als 'Braune Revolution' analog zur 'Grünen Revolution' bezeichnet wird. Daß dabei das Pepsi Vorhaben im Punjab realisiert werden soll, wo die grüne Revolution die eindrucksvollsten Ergebnisse zu verzeichnen hatte, ist in diesem Kontext nur logisch. Die Bedenken, die gegen die Durchführung des Pepsi Vorhabens ausgerechnet im von Unruhen geplagten Punjab vorgebracht werden, wo der Zugang von Ausländern - ja sogar teilweise von Indern -, genau kontrolliert wird, verlieren offenbar ihre Bedeutung innerhalb des größeren Kontextes der offiziellen nationalen Politik. Geschäftliche Unternehmungen wie das von Pepsi erfordern nicht nur eine ökonomische Basis, sondern auch eine unterstützende soziale Infrastruktur. Punjab kommt diesen Anforderungen sehr entgegen. Die Zusammenarbeit von reichen Farmern und indischen Geschäftsinteressen ist grundlegend für den Erfolg dieses Unternehmens. Politische Gegenargumente können vernachlässigt werden, wenn wirtschaftliches und soziales Umfeld stimmt.

Schon oft wurde die Meinung geäußert - und das wohl zu recht - die grüne Revolution habe ihren Höhepunkt schon längst erreicht. Eine weitere lohnende Ausbreitung, sowohl geografisch als auch sozial, stößt zweifellos an fast unüberwindliche Hindernisse. Das wurde überdeutlich, als die Getreidevorräte zunahmen, obwohl

die Produktion nach ihrem Höhepunkt 1983-84 stagnierte. Auf dem Binnenmarkt fanden sich keine Abnehmer mehr für die Getreidevorräte, und auch auf dem Weltmarkt waren die Preise nicht konkurrenzfähig, so daß ein Export nicht möglich war. Die Dürre von 1987, die zu panikartigen Importen sogar von Getreide führte, mag das Problem der Überproduktion von Getreide verschleiern haben - ein Überschuß, der die Planerfüllung befriedigen soll und nicht die Bedürfnisse der Masse der Armen. Aber die offizielle Politik wird diktiert von dem Bedürfnis, gewinnträchtige Märkte in Indien und im Ausland für die vermarktbareren Überschüsse einer kleinen Gruppe von Landwirten zu kultivieren. Diese Gruppe hat mittlerweile nicht nur ökonomische Macht, sondern auch sozialen Einfluß und politisches Gewicht erreicht.

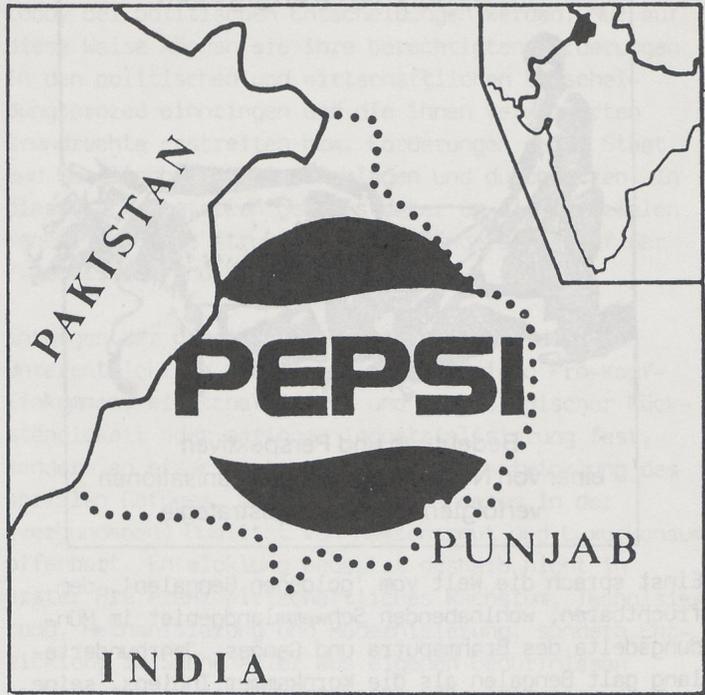
Die besondere Rolle, die die Multinationalen in der Entwicklung der indischen Landwirtschaft einnehmen, kann einem dabei nicht entgehen. Die Industriemagnate und die reichen Landwirte, die unter der derzeitigen politischen Führung groß geworden sind, sind logischerweise die Verbündeten und Partner der Multinationalen und stellen die soziale Basis und die politische Lobby für deren Aktivitäten in Indien und anderswo.

Die Zustimmung zu dem Pepsi-Vorhaben ist deshalb das Signal zur Einbeziehung der großen Farmer in die Interessenssphäre ausländischer Konzerne und des indischen Unternehmertums, um so Inhalt und Richtung des indischen Wachstumsprozesses zu bestimmen.

Kleinbauern ohne Schutz

Es überrascht keineswegs, daß die Regierung von Rajiv Gandhi immer weniger Wert auf den Schutz der Landbevölkerung, der Landlosen und der Kleinbauern legt, die tagtäglich unter der grausamen Unterdrückung von Landlords und reichen Bauern leiden. Wann immer in der Vergangenheit die Unruhe unter den Landlosen und Kleinbauern auf ein unbequemes Maß anstieg und es durch gleichzeitige Polizeiaktionen gegen 'Naxaliten' zu Gewalttaten kam, hat die Regierung liberale Gesten gezeigt und schöne Reden über die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Landlosen und Kleinbauern gehalten. Gleichzeitig hat sie allerdings auch der Polizei Anweisungen gegeben, für Recht und Ordnung zu sorgen. Eine offizielle Delegation, die Bihar, einen der ärmsten Bundesstaaten, im letzten April besuchte, berichtete von einer "explosiven Situation" in Zentralbihar, weil Polizei und Bürokraten Handlanger der Landbesitzer und von Angehörigen hoher Kasten zur Unterstützung ausbeuterischer und tyrannischer Methoden sei. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit eines "kräftigen Entwicklungsschubs für die Armen" und einer "Veränderung der Rolle der Polizei" bei der Schlichtung von Land- und Lohnstreitigkeiten. Er fordert eine sofortige Untersuchung über die zunehmende Anzahl von nicht gerechtfertigten Anklagen und Verfahren gegen Landlose. Solche relativ wohlwollenden Verhaltensweisen haben ihren Reiz für das politische Establishment im

Zentrum verloren. Ganz im Gegenteil: Selbst Innenminister Buta Singh kündigte nach einem Besuch Jahana-bads in Bihar, wo gerade ein weiteres grausames Massaker gegen Harijans stattgefunden hatte, Pläne der Zentralregierung im Parlament an, noch eine weitere Delegation dorthin zu entsenden - diesmal um die "Linksextremisten" in Bihar dingfest zu machen. Er zögerte keine Minute zu sagen, daß die law and order Maschinerie in Bihar es mit den 'Extremisten' noch nicht aufnehmen könne, und fügte hinzu, daß deshalb die Zentralregierung paramilitärische Verbände (und falls nötig auch die Armee) in großer Zahl in Bihar stationieren sollte, um die 'Extremisten' auszuradiieren. Der Innenminister erklärte ferner, er habe das Ausmaß von Gewalt und 'Naxalismus' erkannt, wobei Naxalismus mittlerweile in offiziellen und Oberschichtskreisen zu einem Synonym für jede Form von organisiertem und militantem Kampf und Widerstand gegen wachsende Ausbeutung und Gewalt der Landlords gegenüber landlosen Landarbeitern und verarmten Bauern in Bihar und anderswo geworden ist (siehe: 'Südasiens', Nr. 8/88).



Innenminister und Zentralregierung glauben offenbar, daß ihre Anstrengungen zur Beseitigung der Armut und die schönen Reden über Landreform und gerechte Löhne für Landarbeiter nicht viel Sinn haben - wenigstens nicht im Bundesstaat Bihar. Folglich muß zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung die repressive Macht des Staates ins Spiel gebracht werden, wenn die arme Landbevölkerung und die landlosen Landarbeiter auf ihren verfassungsmäßig garantierten Rechten bestehen. Es ist jedoch Aufgabe des Staates, nicht nur die Rechte der Besitzenden zu schützen - und das gilt nicht nur für Bihar. Dieser Aufgabe des Staates kommt in der Zukunft, im Zusammenhang mit dem Beginn dessen, was als 'Braune Revolution' bezeichnet wird, eine wachsende Bedeutung zu.

Der Beitrag erschien in 'Economic and Political Weekly', Bombay, 22.10.88, Übersetzung: Bruni Weißen.